KOMMUNEN

Der Theaterfresser

Der Düsseldorfer Regierungspräsident Jürgen Büssow propagiert lauthals Theaterschließungen. Dafür haben ihn Kulturschaffende im ganzen Land zum Kunstfeind erklärt. Kann es sein, dass er trotzdem gute Gründe hat?

Neulich hat ihm Christoph Schlingensief zu einem spektakulären Auftritt verholfen, während einer Feierstunde zwecks Verleihung des Helmut-Käutner-Preises. „Der hat einfach in den Saal gerufen: ‚Ist der Büssow da?'", berichtet Jürgen Büssow, und es schwingt Stolz in seiner Stimme mit. Als Schlingensief ihn ausfindig gemacht hatte, „da hat er seinen Spruch gesagt. Aber hinterher haben wir uns sehr nett unterhalten".

Der Spruch von Schlingensief ging so: „Oberhausen, die Stadt, aus der ich komme, ist kaputt – sie ist voll im Arsch. Da kann man den Menschen doch nicht das Allerletzte, ihr Theater, nehmen. Tun Sie alles dafür, dass man in Oberhausen noch lange Theater machen kann."

Er habe Schlingensief an diesem Abend dann gleich versichert, „ich mache schon Oberhausen nicht kaputt", sagt Büssow. „Aber die Oberhausener könnten stärker mit den Essenern oder anderen Nachbarn kooperieren. Und sie müssen zeigen, dass sie begriffen haben, dass die Kultur Teil des Nothaushalts ist."

Jürgen Büssow, 63, spricht wie ein Mann, der keinen Zweifel daran hat, dass er nur den Daumen senken muss, und dann wird dichtgemacht – in Schulen, Schwimmbädern und neuerdings womöglich auch in Theaterhäusern. „Ich habe das zu entscheiden", sagt er, und im nächsten Satz: „Ich habe doch nur einen ganz kleinen Bereich."

Büssow ist kein absolutistischer Landesfürst und kein Top-Politiker. Er ist Beamter, Regierungspräsident in Düsseldorf. Er macht den Job seit fast 15 Jahren. Aber richtig mächtig ist er erst, seit immer mehr Kommunen in Nordrhein-Westfalen in die Pleite rutschen. Sieben Großstädte im Hoheitsbereich Büssows sind so defizitär, dass sie mit einem Nothaushalt wirtschaften, unter direkter Aufsicht des Regierungspräsidenten. Deshalb ist Büssow derzeit Herr über Wuppertal, Essen, Oberhausen, Mönchengladbach, Remscheid, Solingen und Duisburg. Ohne seine Genehmigung geht für die Kämmerer dieser Städte nichts: Für jede größere Ausgabe brauchen sie seine Zustimmung.

Im Regierungspräsidium in Düsseldorf, das in einem Palais residiert, hat Büssow ein Chefbüro mit Rheinblick und den Ma-



MATTHIAS JUNG

Landesbeamter Büssow

ßen eines Festsaals samt einem mächtigen Wandregal mit bunter Keith-Haring-Musterung. Büssow, geboren in Bad Godesberg, spricht im fröhlichen Singsang des Rheinlands. Er lächelt viel, selbst wenn er klagt: „Dass man mich als Kulturbanausen und Theaterfresser hinstellt, das kann ich nicht akzeptieren."

Die Sache ist die, dass der Regierungspräsident Büssow öffentlich gratuliert hat zum „Mut der Wuppertaler, ihr Schauspielhaus zu schließen". Bislang ist das Zusperren des Wuppertaler Schauspiels nur geplant und noch gar nicht beschlossen; weil aber viele Kulturschaffende in ganz Deutschland den drohenden Gewaltakt in Wuppertal als symbolischen Auftakt für ähnliche Kultur-Einsparungen in anderen Städten begreifen, regt sich lauter Protest. „Wuppertal wehrt sich" heißt das Motto von einheimischen und zugereisten Demonstranten, die im Januar ein erstes Aktionswochenende abhielten und für vergangenen Samstag zur „größten Demonstration der Theatergeschichte" (so Protest-Co-Organisator Klaus Pierwoß) an die Wupper geladen haben, unter anderem mit einem Motorradkorso durch die Stadt und einer Menschenkette um Schauspiel- und Opernhaus.

Der TV- und Kinostar Armin Rohde trat im Januar mit einem Durchhalteappell vor die Menge, nun schickten mehr als vier Dutzend Theater aus dem ganzen Land Darsteller für Solidaritätsauftritte nach Wuppertal. In Fernseh-Talkshows und in den Zeitungsfeuilletons ist die drohende Schließung des Sprechtheaters seit Wochen ein umkämpftes Thema. Und fast immer ist Jürgen Büssow der Attackierte, der Kulturfeind, der „Buhmann", wie ihn die „Welt am Sonntag" nennt.

„Ich bin ein bisschen zur Symbolfigur geworden", sagt Büssow. Dabei habe er sich nur kurz „aus dem Fenster gelehnt". Mit seinem per Zeitungsinterview hinausposaunten Lob für Wuppertals Kämmerer habe er Respekt ausdrücken wollen, „dafür, dass die sagen, wir sind am Ende, wir haben die Oper renoviert, und wir halten das Tanzensemble von Pina Bausch, aber das Sprechtheater müssen wir zuschließen". In einem anderen Interview hat er den Moersern den ungebetenen Rat erteilt, ihr Schlosstheater zu schließen und das Publikum per Bus in die Theater umliegender Städte zu karren.

Er beabsichtige nicht, sich zu entschuldigen, sagt Büssow. Er könne gut damit leben, dass er für viele Theaterleute nun die Schurkenrolle spiele. „Die Kulturgemeinde ist sehr eloquent darin, ihre Interessen zu vertreten, die Leute kommen aus ganz Deutschland hierher. Ich muss mich aber auch um diejenigen kümmern, denen die Stimme fehlt, um für ihre Interessen einzutreten." Wenn über Gelder für die Hausaufgabenbetreuung für Migrantenkinder in Problemvierteln von Duisburg oder Essen verhandelt werde, melde sich keine Lobby zu Wort. „Dabei brennen da vielleicht bald Autos."

Er wolle „nichts kaputtschlagen", sagt Büssow. „Aber Theaterkünstler können sich gegen Sparzwänge nicht von vornherein immunisieren."

Aber was heißt von vornherein? Der Regierungspräsident ignoriere, dass die Theater in seinem Bezirk „bereits brutale Kürzungen hinnehmen mussten und längst am Rande des künstlerischen Existenzminimums arbeiten", sagt der Oberhausener Intendant Peter Carp. „Büssow zündelt unentwegt. Und wenn man ihn festnageln will, bekennt er sich zu nichts."

Vor Monaten war Büssow in Oberhausen im Theater. „Er hat sich ‚Woyzeck' angesehen und hinterher geschwärmt, wie sehr ihn das ergriffen hat", so Carp.

In einem Punkt immerhin ist sich Büssow mit seinen Gegnern einig. Auch er hält die Kommunen, die er verwaltet, für Opfer der Berliner Politik. „Wenn der Bund für die Aufgaben bezahlen würde,



THEATER OBERHAUSEN
Subventionen: 7,8 Mio. €



SCHAUSPIEL DÜSSELDORF
Subventionen: 22 Mio. €



THEATER DUISBURG
Subventionen: 15,9 Mio. €



OPER WUPPERTAL
Inkl. Schauspiel: 10,9 Mio. €



SCHLOSSTHEATER MOERS
Subventionen: 1,3 Mio. €



LANDESTHEATER NEUSS
Subventionen: 5 Mio. €







DEUTSCHE OPER AM RHEIN: DÜSSELDORF UND DUISBURG
Subventionen: 30 Mio. €



THEATER A. D. RUHR, MÜLHEIM
Subventionen: 1,8 Mio. €





VEREINIGTE BÜHNEN KREFELD, MÖNCHENGLADBACH
Subventionen: 26,3 Mio. €



GRILLO THEATER ESSEN
Inkl. Oper/Philh.: 44,2 Mio. €

FOTOS (V.L.N.R.): IMAGO; MOVA / INTERFOTO; IMAGEBROKER / IMAGO; ARCOIMAGES; SCHLOSSTHEATER MOERS; AKG; DDP; IMAGO (2); ULLSTEIN BILD; MATTHIAS STUTTE (2); BUNGERT / LAIF



AXEL J. SCHERER

Theateraktion „Abseitsfalle“ in Oberhausen: *„Kunst am Rand des Existenzminimums“*

die er den Kommunen aufbrummt, dann hätten wir keine Theaterkrise.“

Tatsächlich ist die Not vieler deutscher Städte durch die Finanzkrise und weggebrochene Gewerbesteuern zwar verstärkt worden, verursacht aber hat sie der Bund. Für den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz oder die Hartz-IV-Kosten für Wohnung und Heizung müssen weitgehend die Städte einstehen, einige sind, wie Oberhausen mit 1,8 Milliarden Euro und Wuppertal mit 1,9 Milliarden Euro, geradezu grotesk verschuldet.

Der Beamte Büssow sagt: „Man kann über die Theaterfrage nicht diskutieren, ohne über die Notlage der Städte insgesamt zu reden.“ Wenn die Proteste der Kulturleute dazu führten, dass sich an der etwas ändere, „dann will ich mich gerne als Scharfmacher anfeinden lassen“.

Allerdings ist Büssow auch Politiker und weiß, wie wenig da geht. Für die SPD saß er 20 Jahre im nordrhein-westfälischen Landtag und tat sich als Medienmann und WDR-Rundfunkrat hervor, bevor er Regierungspräsident wurde. 2001 wollte er sich zum Intendanten der Deutschen Welle wählen lassen, er scheiterte. Im aktuellen NRW-Wahlkampf kandidiert er für ein Landtagsmandat in Düsseldorfs Süden, einen Listenplatz hat ihm die SPD verweigert. Überhaupt behandelten ihn die Parteifreunde zuletzt nicht besonders nett.

Die Wähler, zumindest deren Mehrheit, glaubt er auf seiner Seite. Die meisten fänden eine Theaterschließung weniger schlimm als die von Schwimmbädern, „und Oberhausen hat schon vier von sieben Bädern geschlossen“. Er wolle keinesfalls Fußballfans und Kulturbürger aufeinanderhetzen, „für diese Gegenüberstellung will ich einem Plebiszit nicht das Wort reden“. Aber Büssow redet davon.

Er sagt, von ihm aus könne der SPD-Oppositionsführer Frank-Walter Steinmeier noch so empört wettern gegen die drohende Schließung des Wuppertaler Schauspiels, wie er es kürzlich auf einer Parteikonferenz tat. „Steinmeier ist weit weg. Ich bin immer erstaunt, was die Berliner so vorschlagen. Ich habe noch keinen Antrag von Herrn Steinmeier gesehen, dass der Bund einen höheren Anteil der Kosten für die Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern übernimmt.“

Mit den nordrhein-westfälischen SPD-Bundestagsabgeordneten habe er sich „ernsthaft angelegt“, sagt Büssow, um sie zu einer sogenannten Gruppeninitiative zur Behebung des Städtenotstands anzustacheln. Bisher vergebens.

Also bleibt ihm nur die Rolle des Sparkommissars, und ein wenig erinnert er dabei an den ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin, auch so ein Poltergeist, der gern gegen die Ideen seiner Partei aufbegehrt. Büssow drückt es so aus: „Ich muss die Kommunen auf den Konsolidierungspfad zwingen.“ Beschneiden könne man wegen der Gesetzeslage ausschließlich die sogenannten freiwilligen Aufgaben der Städte, im Sport, in der Kultur und im Sozialen, auch wenn all das nur rund vier Prozent der Ausgaben in den verschuldeten Kommunen ausmache. Er dränge weniger auf Theaterschließung als auf Kooperationen: „Wenn in den Städten die Lichter ausgehen, dann müssen auch die in den Theatern ihre Leuchter runterdimmen.“

„Wenn in den Städten die Lichter ausgehen, müssen auch die Theater ihre Leuchter dimmen.“

14 kommunale Opern- und Schauspielhäuser und 7 Orchester, die in rund 60 Spielstätten auftreten, gibt es in Büssows Regierungsbezirk, 5,2 Millionen Menschen wohnen dort. Die Vielzahl hat mit dem früheren Reichtum und dem Stolz der Städte zu tun. Die Opern in Duisburg und Düsseldorf und die Sprechtheater in Krefeld und Mönchengladbach sind jeweils vereinigt, „das funktioniert seit Jahrzehnten“, sagt Büssow, er drängt, dass die Theater in Essen und Oberhausen sich zusammentun, als Auftakt weiterer Kooperationen. Auch wenn da am Ende „nicht Mailänder Scala“ herauskomme, so Büssow. Müsse ja auch nicht.

Seine Gegner werfen ihm „populistisches Gelaber“ vor. So hält Ulrich Khuon, Intendant des Berliner Deutschen Theaters und Chef der Künstlerabteilung im Deutschen Bühnenverein, nichts von weiteren Zusammenschlüssen: „Theater wie das Essener haben eine Zuschauerauslastung von 90 Prozent. Wenn man die mit einem ähnlich gut besuchten Haus zusammenlegt, kriegt man die Zuschauer nicht unter.“ Stadttheater seien gerade in notleidenden Gemeinden Ort der Identitätsstiftung, der Integration von Randgruppen und Symbol des Zusammenhalts „wie die Kirche und der Marktplatz“.

Büssow erwecke den Anschein, als nährten sich die Theater vom bundesrepublikanischen Wohlstandsspeck alter Tage, sagt Khuon, „als habe man nicht seit Jahren in praktisch allen Theatern rigoros eingespart, was einzusparen war“.

Der Theateretat in Oberhausen macht übrigens 1,2 Prozent des Gesamthaushalts der Stadt aus, in Wuppertal würden die durch die Schließung des Schauspiels eingesparten zwei Millionen Euro die jährliche Neuverschuldung um 0,8 Prozent verkleinern. Der Oberhausener Intendant Carp hofft auf Einsicht bei Land und Bund, die schließlich im Fall der Bankenrettung ruck, zuck mit Milliarden zur Hand waren. „Menschen wohnen in Städten, nicht in Banken“, sagt Carp.

Büssow behauptet: „Man muss nur ausforsten wollen. Man findet immer noch was.“

Wenn er in den Landtag gewählt wird, will Büssow „nach 15 Jahren in der Verwaltung mein Fachwissen in das Parlament zurücktragen, damit die dort verstehen, welche Kollateralschäden ihre Gesetze oft anrichten“.

Für den Fall, dass er doch Regierungspräsident bleibt, hat Büssow schon ein neues Kultur-Ausforstungsgelände ausgemacht. Gerade die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind seiner Meinung nach „ein bisschen sehr denkmalschutzverliebt“. Statt immer noch ein altes Stahlwerk oder eine abgewrackte Zeche zum Denkmal herzurichten und teuer zu unterhalten, sollte man öfter Mut zum Abriss zeigen, glaubt er: „Das sind keine Investitionen, die uns nach vorne bringen.“

Das Ruhrgebiet sei verliebt ins Gestern, findet Büssow. „Wenn Sie nach New York oder nach Shanghai gucken, dann sehen Sie kaum Industriedenkmäler wie in NRW. Diese Städte leben und erneuern sich.“ Bald werden sie Jürgen Büssow den Zechenfresser nennen. WOLFGANG HÖBEL